

B

Ausgabe März 2016

BERICHT AUS DEM LANDTAG

ISLAMISMUS KENNT KEINE ALTERSGRENZE

Aus dem Parlament
BARRIEREFREIER ZUGANG ZUR JUSTIZ

Aktuell
**WIE KANN INTEGRATION
GELINGEN?**

Klartext
**WAS WURDE EIGENTLICH AUS
OLAF LIES, DEM ARBEITSKÄMPFER?**

Aktuell
**NOCH LANGE NICHT
ZUSTIMMUNGSFÄHIG**

Fraktion unterwegs
**AUF DER SUCHE NACH DEM
ENDLAGER**

EDITORIAL



Sehr geehrte Damen
und Herren,

die Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt haben ein sehr unterschiedliches Bild über die politische Lage in Deutschland gezeichnet. Der starke Erfolg der AfD muss uns allen zu denken geben. Hier scheint sich der Protest von Menschen Luft gemacht zu haben, die mit den derzeitigen politischen Entscheidungen in der Flüchtlingspolitik unzufrieden sind und sich durch die etablierten Parteien nicht vertreten fühlen.

Für die politische Lage in Niedersachsen ist zunächst festzuhalten, dass Rot-Grün beziehungsweise Grün-Rot in zwei westlichen Flächenländern abgewählt wurde. Dabei sind insbesondere die Ergebnisse der Grünen interessant. Der charismatische bürgerliche Kretschmann erhält überragende Zustimmung – die Grünen in Rheinland-Pfalz mit ihren altlinken Positionen von gestern schaffen es nur mit Mühe in den Landtag. Aus meiner Sicht machen die Landtagswahlen deutlich, dass sich die Wählerinnen und Wähler in Krisenzeiten für Politiker mit klarem Kurs und einem Blick für das Machbare entscheiden. Der niedersächsische Ministerpräsident zeigt dagegen immer mit dem Fingern auf andere, vertritt mal diese – mal jene Meinung, während ihm die Grünen mit Politik von gestern auf der Nase heruntanzen. Damit genügt Rot-Grün ganz sicher nicht den Ansprüchen der Niedersachsen.



Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer

THEMA DES MONATS

Islamismus kennt keine Altersgrenze

Eine 15 jährige radikale Muslimin attackiert einen Bundespolizisten – höchste Zeit für Rot-Grün, religiösen Extremismus ernst zu nehmen

Es schien nur eine Frage der Zeit zu sein, bis der islamistische Terror auch in Niedersachsen tatsächlich präsent wird. Die Ausreise zahlreicher IS-Sympathisanten nach Syrien oder die Absage des Fußball-Länderspiels im November vergangenen Jahres haben bereits die Bedrohung durch den islamistischen Terror deutlich gemacht. In Hannover kam es nun zu einem ersten Anschlag, der fast ein Menschenleben gekostet hätte: Am Hauptbahnhof, einem der belebtesten Orte der Landeshauptstadt, stach ein 15 jähriges Mädchen bei einer Routinekontrolle einem Bundespolizisten mit einem Messer in den Hals und verletzte ihn schwer.

Täterin war keine Unbekannte – dennoch reagierte niemand

Für den Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, Jens Nacke, stellt sich damit die Frage, wie es möglich sei, dass sich eine Jugendliche so sehr radikalisiere, dass sie dazu bereit sei, einen Polizisten anzugreifen und seinen Tod in Kauf zu nehmen – und warum das niemand bemerkt habe. Zumal das Mädchen nach übereinstimmenden Medienberichten auch in der Öffentlichkeit aus ihrer radikalen Gesinnung keinen Hehl machte. So finden sich im Internet mehrere Videos der Täterin, in denen sie gemeinsam mit dem bekannten radikal-salafistischen Prediger Pierre Vogel auftritt. „Wie kann es sein, dass ein junges Mädchen über Jahre dem radikalen Salafismus ausgesetzt ist und bei den Sicherheitsbehörden keinerlei Alarmglocken schrillen?“, fragt Nacke.

Damit wirft das Attentat aus Sicht Nackes eine weitere Frage auf: Ist der Verfassungsschutz unter Rot-Grün noch in der Lage, effektiv gegen den Islamismus vorzugehen? Denn wie verschiedene Zeitungen übereinstimmend berichten, war die Sicherheitsbehörde bereits Wochen vor der Tat über die radikale Gesinnung und die Begeisterung der Täterin für den Islamischen Staat (IS) informiert. „Von einer neuen Gefahrenlage, wie von Innenminister Pistorius behauptet, kann also keine Rede sein“,



Jens Nacke, MdL – Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion

so Nacke. „Die Ereignisse zeigen, wie falsch der Minister und Rot-Grün die Lage wahrgenommen haben.“

Leider sei spätestens seit der Verwicklung eines Jugendlichen in die Anschlagpläne der sogenannten Sauerlandgruppe bekannt, dass auch von Jugendlichen eine salafistische Gefahr ausgehe. „Doch SPD und Grüne ignorieren die Gefahr, die von radikalisierten Jugendlichen ausgeht, weil es nicht in ihr Weltbild passt“, betont Nacke. „Es ist höchste Zeit, dass Minderjährige vor islamistischer Radikalisierung geschützt werden.“ Dafür anbieten würde sich die gegenwärtige Beratung über ein neues niedersächsisches Verfassungsschutzgesetz.

Rot-Grün streitet über Umgang mit jungen Extremisten

Kontrovers diskutiert wird dabei, ab welchem Alter Verdächtige durch den Verfassungsschutz beobachtet werden dürfen. Während sich die CDU-Fraktion für die bisherige Regelung einsetzt, die eine Überwachung ab 14 Jahren erlaubt, streitet sich Rot-Grün heftig über die Altersgrenze. Die Grünen fordern eine Heraufsetzung auf 16 Jahre, während Innenminister Pistorius nach dem Attentat eine Kehrtwende vollzogen und sich der CDU-Forderung ange-



Tatort Hauptbahnhof: Mitten in der Landeshauptstadt attackiert ein 15 jähriges Mädchen mit islamistischem Hintergrund einen Bundespolizisten
Foto: dpa

schlossen hat. „Islamismus kennt keine Altersgrenze. Endlich ist der Minister auf diese Linie eingeschwenkt. Dass er sich damit gegen seinen grünen Koalitionspartner durchsetzen kann, ist jedoch schwer vorstellbar“, sagt Nacke. „Schließlich verharmlosen die Grünen immer noch die Gefahr, die vom Islamismus ausgeht – wie sonst ist die Äußerung vom Parlamentarischen Geschäftsführer der Grünen, Helge Limburg, zu verstehen, der im Zusammenhang mit dem Messerangriff davon spricht, der Verfassungsschutz solle nicht Jugendliche überwachen, die ‚Flausen im Kopf‘ hätten.“ Zudem fehle Pistorius auch der Rückhalt in der eigenen Partei, wie die ausweichenden Antworten der SPD-Innenpolitiker immer wieder deutlich machen würden, so Nacke weiter.

Rot-Grün hat islamistische Radikalisierung jahrelang ignoriert

Die politische Haltung der Landesregierung ist symptomatisch. Sie hat dazu geführt, dass Rot-Grün der islamistischen Radikalisierung insbesondere bei jungen Menschen seit Jahren hinterher läuft. So wurden die wirksamen CDU-Programme zur Islamismus-Prävention von Rot-Grün ersatzlos gestrichen. Erst zwei Jahre später präsentierte die Landesregierung ein kleineres und ineffektives Nachfolgeprojekt. Verlorene Zeit, in der sich

islamistische Netzwerke ausbreiten konnten. „Die Warnungen der CDU-Fraktion vor der Gefahr des Islamismus wurden von Rot-Grün immer wieder als Stimmungsmache abgetan“, sagt Nacke. „Unsere Sicherheitskräfte müssen in die Lage versetzt werden, umfassend ermitteln zu können. Vor allem sollte unseren Polizisten wieder mit Respekt begegnet werden, anstatt sie als islamophob und fremdenfeindlich zu verunglimpfen. Durch das Klima des Misstrauens, das unter Rot-Grün geschaffen wurde, wagen Polizisten es kaum noch, verdächtige Islamgemeinden zu beobachten – selbst wenn dort radikale Gesinnungen verbreitet werden.“

Auch im Fall der jugendlichen Messerstecherin spielt ein Islamkreis eine entscheidende Rolle: Hier soll die Täterin mit Personen in Kontakt gekommen sein, die durch islamistische Straftaten polizeibekannt sind. Zu ihnen gehört übrigens auch jener Schüler, dessen Wohnung im Zusammenhang mit einem geplanten Anschlag auf das Fußballländerspiel im November 2015 durchsucht wurde. „Dieser Fall ist der erschütternde Beleg für die rot-grünen Versäumnisse bei der inneren Sicherheit“, betont Nacke. „Die Landesregierung muss entschlossen durchgreifen. Es geht um die Sicherheit der Bürger in diesem Land.“

AUS DEM PARLAMENT

BARRIEREFREIER ZUGANG ZUR JUSTIZ

Fast die Hälfte der niedersächsischen Amtsgerichte ist nicht oder nur eingeschränkt barrierefrei – CDU fordert Landesprogramm für entsprechenden Umbau der Gebäude

Was macht man eigentlich, wenn man zu einem Gerichtstermin geladen wird, aber nicht alleine in den Verhandlungssaal gelangen kann, weil das Gebäude nicht barrierefrei ist? So geschehen am Amtsgericht Burgdorf: Das Gebäude ist nur über eine Treppe zugänglich – Rampen oder Aufzüge gibt es nicht. Ein Rollstuhlfahrer, der in einem familienrechtlichen Verfahren geladen war, konnte deshalb nur mit Hilfe eines extra bestellten Krankentransports in den Gerichtssaal gelangen. Nach Ende der Verhandlung verspäteten sich die Helfer jedoch, sodass der Mann zunächst im Gebäude festsaß.

Denkmalschutz vor Barrierefreiheit?

Fälle wie dieser sind leider keine Seltenheit in Niedersachsen. Aus der Antwort des Justizministeriums auf eine entsprechende Anfrage der CDU-Landtagsfraktion geht hervor, dass 35 Gebäude der insgesamt 80 Amtsgerichte im Land für Menschen mit Behinderungen teilweise nur stark eingeschränkt oder gar nicht zugänglich sind. Ein „Unding“ findet die rechtspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Mechthild Ross-Luttmann: „Damit wird Menschen mit Behinderungen der Zugang zum Recht erschwert.“ Der Sozialverband Deutschland übt ebenfalls scharfe Kritik an den Zuständen in Niedersachsen.

Hintergrund für die mangelnde Barrierefreiheit ist nach Angaben des Justizministeriums der Umstand, dass viele Gerichte in historischen, denkmalgeschützten Liegenschaften – zum Teil sogar in Schlössern oder Burgen untergebracht sind. Der Einbau von Rampen und Fahrstühlen sei in diesen Gebäuden nicht ohne weiteres zu realisieren.

Landesregierung muss notwendige Mittel bereitstellen

Für Ross-Luttmann ist das kein Grund, die dringend notwendigen Umbaumaßnahmen auf die lange Bank zu schieben. „Jeder Bürger hat das Recht, seine Anliegen vor einem Gericht vorzutragen. Es ist Aufgabe der Landesregierung, für die notwendigen Voraussetzungen Sorge zu tragen.“ In ihrem Entschließungsantrag „Barrierefreier Zugang zum Recht muss auch in Niedersachsen gewährleistet sein!“ fordert die CDU-Fraktion die rot-grüne Landesregierung deshalb auf, ein Programm zur Barrierefreiheit aller niedersächsischen Gerichte aufzulegen und die dafür notwendigen Mittel bereitzustellen. Die CDU-Fraktion hatte bereits im Rahmen der Haushaltsberatungen



Mechthild Ross-Luttmann, MdL – rechtspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion



Sieht idyllisch aus, hat aber seine Tücken: Wie viele andere niedersächsische Gerichte ist auch das Amtsgericht Neustadt am Rübenberge in einer historischen Liegenschaft, in diesem Fall im Schloss Landestrost, untergebracht. Infolgedessen ist das Nebengebäude nicht barrierefrei – genauso wie 34 weitere Gerichtsgebäude in Niedersachsen.

Foto: dpa

2016 einen erheblichen Betrag für den barrierefreien Umbau vorgesehen – SPD und Grüne lehnten den Vorschlag jedoch kategorisch ab.

„Die gegenwärtigen Zustände sind in einer inklusiven Gesellschaft nicht mehr tragbar“, so Ross-Luttmann. Im Übrigen hätten auch Eltern mit Babys in Kinderwagen oder Kleinkindern in Karren erhebliche Schwierigkeiten, viele der niedersächsischen Gerichtsgebäude zu betreten. „So kann es nicht weitergehen. Es muss dringend etwas passieren“, appelliert die CDU-Rechtsexpertin. Der Antrag ist im Rahmen des März-Plenums zunächst zur weiteren Beratung in den Ausschuss überwiesen worden.

AKTUELL

WIE KANN INTEGRATION GELINGEN?

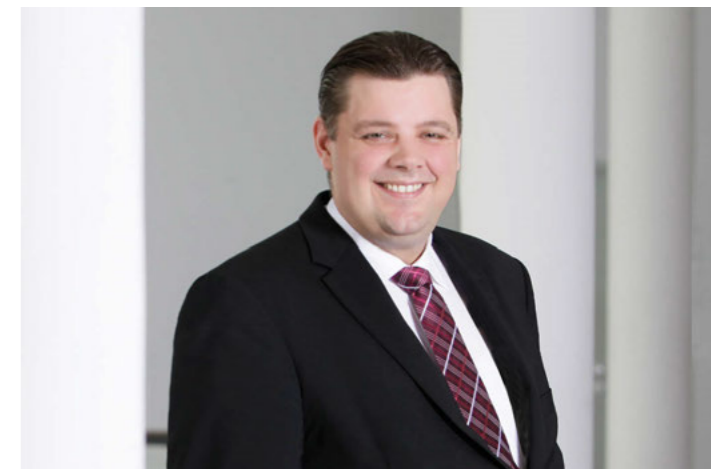
CDU-Fraktion lädt Experten zum Meinungsaustausch nach Hannover

Angesichts der vielen Flüchtlinge, die im vergangenen Jahr nach Deutschland gekommen sind stellt sich eine Frage immer drängender: Wie gelingt die Integration derjenigen, die dauerhaft oder zumindest für sehr lange Zeit bleiben werden? Im März haben sich deshalb Abgeordnete der CDU-Landtagsfraktion mit rund 100 Spitzenvertretern von Wirtschaft, Bildung und Kommunen getroffen, um Lösungen für diese Herausforderung zu finden.

Flüchtlinge am gesellschaftlichen Leben teilhaben lassen

Sprache ist der Schlüssel zu einer erfolgreichen Integration: Flüchtlinge werden nur dann eigenständig in Niedersachsen leben, wenn sie die deutsche Sprache sicher beherrschen – darin waren sich alle angehörten Experten einig. „Für die Integration der 33.000 Flüchtlingskinder, die bisher nach Niedersachsen gekommen sind, ist im Wesentlichen die Schule zuständig“, sagt der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion Jens Nacke. „Dort wird im Unterricht nicht nur die Sprache erlernt. Der Kontakt zu deutschen Kindern bietet zudem eine wichtige Orientierungshilfe für das Leben in Niedersachsen.“ Wichtig sei in diesem Zusammenhang jedoch, dass einzelne Schulen und Lehrer nicht mit einer zu hohen Zahl von Flüchtlingskindern überfordert würden. „Die Zahl der Schulsozialarbeiter ist aufgrund der rot-grünen Fehlplanung ausgereizt. Bis zusätzliche Stellen geschaffen sind, muss geprüft werden, wo bereits viele Flüchtlinge beschult werden und wo noch Luft nach oben ist“, betont Nacke.

Während der Schulbesuch Flüchtlingskindern eine gute Integrationsmöglichkeit bietet, stehen Erwachsene oftmals vor deutlich höheren Hürden. Oft dauert es sehr viel länger, bis sie einen Sprachkurs besuchen oder eine Arbeit aufnehmen können. Grund dafür ist vor allem der inzwischen vollkommen leergefegte Stellenmarkt für Pädagogen, die die Flüchtlinge in deutscher Sprache unterrichten und auf das Leben in Deutschland vorbereiten können. „Die Integ-



Jens Nacke, MdL – Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion

ration bleibeberechtigter Flüchtlinge darf nicht länger ausgebremst werden, weil die bisherigen Verfahren an ihre Grenzen stoßen“, sagt Nacke. „Die Flüchtlinge brauchen eine sinnvolle Beschäftigung, die ihnen hilft, auf eigenen Beinen zu stehen und Kontakte in unsere Gesellschaft zu knüpfen.“ So sei es denkbar Unternehmen und Verbände bei ihrer täglichen Arbeit mit Flüchtlingen stärker als bisher in die berufsbezogene Sprachförderung einzubinden.

CDU-Integrationskonzept – von Experten gelobt, von Rot-Grün blockiert

Sinnvoll ist diese engere Zusammenarbeit aber nur, wenn sie direkt in den Kommunen geplant und koordiniert werden kann. Vor diesem Hintergrund erntete die Idee der CDU-Fraktion breiten Zuspruch, Integrationszentren in kommunaler Trägerschaft zu ermöglichen. „Die positive Resonanz zeigt uns, dass wir mit unseren Konzepten bereits auf einem gutem Weg sind“, sagt Nacke. „Wir werden die Empfehlungen und Wünsche, die wir in der Anhörung erhalten haben, bei unserer weiteren Arbeit berücksichtigen und im Landtag weiter für eine konstruktive Auseinandersetzung mit unseren Initiativen werben. Bislang hat Rot-Grün unsere Vorschläge zum Integrationsgesetz und den Integrationszentren blockiert, obwohl kein einziges eigenes Konzept präsentiert wurde. Damit erschwert die Landesregierung nicht nur die Integration der Flüchtlinge, sondern betreibt Politik gegen die Organisationen, die sich täglich für die Flüchtlinge einsetzen.“

KLARTEXT:**WAS WURDE EIGENTLICH
AUS OLAF LIES,
DEM ARBEITSKÄMPFER?**

von Dirk Toepffer



Dirk Toepffer, MdB – stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion

Herbst 2012: Wenige Monate vor der Landtagswahl, demonstrieren Arbeiter der Emdener SIAG-Werft vor der Staatskanzlei für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Inmitten der Demonstranten beschwört der damalige Oppositionspolitiker Olaf Lies per Megafon die Solidarität mit der Niedersächsischen Werftenbranche: „Ihr macht einen tollen Job. Dafür braucht ihr die Unterstützung aller Parteien – auch der Landesregierung.“ Noch heute schmückt sich der Wirtschaftsminister Lies auf seinem YouTube-Kanal mit diesem Auftritt als Arbeitskämpfer.

Es heißt, dass Macht den Menschen verändert. Auf kaum ein anderes Mitglied der rot-grünen Landesregierung trifft das so sehr zu wie auf den Wirtschaftsminister. Je länger die Nordseewerke ums Überleben kämpften – erst mit zwei gescheiterten Investoren und nach deren Insolvenz mit einer Transfergesellschaft für die verbliebenen Arbeiter – desto weniger war vom Arbeitskämpfer Lies zu sehen. Keine einheizenden Reden, keine Perspektive für die Menschen, die bis zuletzt auf die Unterstützung der Landesregierung gehofft hatten.

Nach drei Jahren in der Landesregierung ist das, was der Wirtschaftsminister Olaf Lies tut, genau das Gegenteil von dem, was Olaf Lies, der Arbeitskämpfer, gefordert hat. Nur eines haben Wirtschaftsminister und Arbeitskämpfer Lies noch gemeinsam: Schuld sind immer die Anderen – erst die CDU-geführte Landesregierung, dann der letzte Investor der Nordseewerke.

Delegieren statt kontrollieren

Dabei hätte der Wirtschaftsminister gute Gründe gehabt, sich persönlich um die Nordseewerke zu kümmern. Immerhin hat das Land Niedersachsen der Werft Bürgschaften im zweistelligen Millionenbereich bereitgestellt. Doch eine Überprüfung,

was mit dem Geld tatsächlich passierte, gab es nicht. Stattdessen wurde die Verantwortung komplett an den Investor der Nordseewerke delegiert. Auch nachdem im Juni 2015 dessen Insolvenz bekannt wurde, hielt es Lies nicht für nötig, sich direkt einzuschalten. Bemühungen, Kommunalpolitiker und Wirtschaftsvertreter an einen Tisch zu holen, um nach neuen wohnortnahen Beschäftigungsmöglichkeiten und Qualifizierungsangeboten für die Arbeiter zu suchen, gab es nicht. Offenbar hatte der Minister inzwischen das Interesse daran verloren, sich für die Betroffenen einzusetzen. Dennoch war Lies nicht dazu in der Lage, den Nordseewerkern zu sagen, dass es für ihre Werft keine Zukunft mehr gibt. Lieber schürte er weiter die diffuse Hoffnung, dass es noch zu einer Wende für die verbliebenen Arbeiter kommen könnte.

Angesichts der Solidaritätsbekundungen, mit denen der Arbeitskämpfer Lies vor drei Jahren angetreten ist, wird das Verhalten des Wirtschaftsministers in Situationen, die nach Führung verlangen, für die Betroffenen eine einzige Enttäuschung sein. Anstatt ein Konzept zu entwickeln, wie der Wandel in der Werftenbranche begleitet werden könnte, kehrt Lies ihr den Rücken und fokussiert sich lieber darauf, sich medienwirksam als Förderer der Offshore-Industrie am Standort Cuxhaven zu profilieren. Mit fatalen Folgen für die Wirtschaftskraft in Emden und ganz Ostfriesland: In der bisherigen Regierungszeit von Rot-Grün sind allein in dieser Region mehr als tausend Industriearbeitsplätze verloren gegangen. Mit der Insolvenz der Nordseewerke ist die unrühmliche Bilanz des ehemaligen Arbeitskämpfers nun um ein Kapitel reicher.

AKTUELL**NOCH LANGE NICHT ZUSTIMMUNGSFÄHIG**

Konföderation evangelischer Kirchen kritisiert Entwurf der Landesregierung für Vertrag mit muslimischen Verbänden – CDU: Integration muss im Mittelpunkt stehen

Gebetsräume an Schulen, islamische Bestattungsvorschriften, Änderung des Feiertagsgesetzes: Die Inhalte des geplanten Vertrags zwischen dem Land Niedersachsen und den muslimischen Verbänden DITIB und Schura sorgen weiterhin für Diskussionen. Jetzt hat auch die Konföderation evangelischer Kirchen ihre Stellungnahme zu dem Vertragsentwurf vorgelegt – und die fällt durchaus kritisch aus. Zwar betont die Konföderation, dass ihr grundsätzlich an einer gelungenen Vertragsgestaltung gelegen sei, einzelne Punkte müssten jedoch vor der Unterzeichnung dringend überarbeitet werden.

Keine Bevorzugung einzelner Konfessionen

Vor allem im Bereich Schule sieht die evangelische Kirche Nachbesserungsbedarf. Im Mittelpunkt der Kritik stehen dabei die umstrittenen Gebetsräume. Stattdessen sollen, so die Forderung der Konföderation, Räume der Stille eingerichtet werden, die allen Konfessionen und selbstverständlich Frauen und Männern gleichermaßen zugänglich sein sollen. Auch CDU-Fraktionschef Björn Thümler legt auf diesen Punkt besonderen Wert: „Wenn solche Räume eingerichtet werden, muss klar sein, dass es keine Bevorzugung für einzelne Konfessionen geben darf.“

Gleiches gelte für die im Vertragsentwurf vorgesehene Änderung des Niedersächsischen Feiertagsgesetzes. In ihrer Stellungnahme weist die Konföderation darauf hin, dass nach dem vorliegenden Vorschlag muslimische Arbeitnehmer eine ganztägige unbezahlte Freistellung an religiösen Feiertagen erhalten können, während Christen nur für die Dauer des Gottesdienstes eine Freistellung beantragen können. „Um einen breiten gesellschaftlichen Konsens über den Vertrag zu erreichen, sollte jeder Eindruck der Ungleichbehandlung verschiedener Glaubensgemeinschaften und Kirchen vermieden werden“, betont Thümler. Aus diesem Grund setze sich die CDU für die Ausweitung der Vertragsverhandlungen auf die orthodoxen Christen ein.

„Integration“ taucht als Begriff im Vertrag nicht auf

Auch die Frage, ob die Ausnahmen im Bestattungsrecht weiter ausgedehnt werden sollen, ist umstritten. Nach islamischem Ritus werden Verstorbene ohne Sarg oder Urne bestattet. In Niedersachsen ist das eigentlich verboten. Problematisch ist zudem, dass in Deutschland Gräber in der Regel irgendwann aufgelöst und neu belegt werden. Der islamische Brauch sieht jedoch vor, dass Tote für



Björn Thümler, MdB – Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion.

alle Ewigkeit Ruhe finden. „Sollte es zu einer Ausweitung bestehender Möglichkeiten für islamische Bestattungen kommen, muss das mit den Friedhofsträgern abgestimmt sein. Insbesondere die Kirchen müssen zustimmen“, fordert Thümler. Diese befürchten allerdings rechtliche und finanzielle Risiken für die kirchlichen Friedhofsträger – etwa bei der Auflösung von Friedhöfen oder Moscheegemeinden. Fraglich ist aus Sicht Thümlers auch, was die Landesregierung mit dem Vertragswerk grundsätzlich erreichen wolle. „Meiner Ansicht nach muss die Integration im Mittelpunkt stehen. In der aktuell vorliegenden Version des Vertrages taucht das Wort ‚Integration‘ allerdings nicht ein einziges Mal auf“, kritisiert der CDU-Fraktionschef.

Vertrag braucht breite Akzeptanz in der Bevölkerung

Insgesamt, darin sind sich Konföderation und CDU-Fraktion einig, bedarf ein Vertrag, wie ihn die rot-grüne Landesregierung anstrebt, eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung. Thümler: „Es war ein Fehler von SPD und Grünen, den Vertrag im kleinen Kreis, hinter verschlossenen Türen auszuhandeln. Ein breit angelegter Diskussionsprozess mit allen Beteiligten wäre sinnvoller gewesen und hätte der Regierung Weil viel Ärger erspart.“

Ursprünglich wollte die Landesregierung den Vertrag zu Beginn dieses Jahres unterzeichnen – ob es nun überhaupt in diesem Jahr zu einem Abschluss der Verhandlungen kommt, ist allerdings fraglich. „Der aktuelle Entwurf enthält zahlreiche Punkte, die rechtlich nicht eindeutig sind – derzeit ist der Vertrag für uns deshalb nicht zustimmungsfähig“, erklärt Thümler. „Unsere Fragen lassen wir jetzt vom Gesetzgebungs- und Beratungsdienst bewerten, dann sehen wir weiter. Was wir brauchen, sind eindeutige und klar verständliche Formulierungen. Gründlichkeit muss hier ganz klar vor Schnelligkeit gehen.“

FRAKTION UNTERWEGS

AUF DER SUCHE NACH DEM ENDLAGER

Umweltpolitiker der CDU/CSU-Fraktionen beraten Lagerung radioaktiver Abfälle in Hannover und Salzgitter

Bei ihrer Einführung galt die Atomkraft als Versprechen einer sicheren und sauberen Energieversorgung. Insbesondere die Frage, wie und vor allem wo radioaktive Abfälle gelagert werden sollen, führt jedoch bis heute zu heftigen Bürgerprotesten. Die Folge: Bis heute ist der Schacht Konrad bei Salzgitter bundesweit das einzige zugelassene Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle. Für die umweltpolitischen Sprecher der Landtags-Fraktionen von CDU und CSU Grund genug, sich im Rahmen ihrer turnusmäßigen Sprechertagung ein Bild vor Ort zu machen. In der „Hannoverschen Resolution“ haben sich die Umweltpolitiker auf gemeinsame Grundsätze für die weitere Suche nach Standorten für die Lagerung radioaktiver Abfälle in Deutschland verständigt.

Höchste Priorität für Offenheit und Transparenz

„Vor allem durch die Havarie der Schachanlage Asse II ist bei der Endlagerung radioaktiver Abfälle viel Vertrauen verspielt worden“, sagt der umweltpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Martin Bäumer. „Zurückgewinnen lässt es sich nur, wenn Entscheidungen künftig in einem transparenten und nachvollziehbaren Verfahren getroffen werden.“ Das gilt sowohl für die Bergung der Fässer aus der Asse als auch für die Suche nach neuen Lagerstandorten. Insbesondere im Erkundungsbergwerk Gorleben wurden in der Vergangenheit wichtige Erkenntnisse darüber gewonnen, unter welchen Bedingungen sich radioaktiver Müll sicher einlagern lässt. Als „schwerwiegenden Fehler“ bezeichnen die umweltpolitischen Sprecher in ihrer Resolution daher das Ende des Besucherbetriebs und der Öffentlichkeitsarbeit in Gorleben. „Damit wurde den Bürgern jegliche Möglichkeit genommen, sich über die Endlagersuche und Forschung in diesem Bereich zu informieren“, kritisiert Bäumer. Neben dem Ausbau der Untertage-Forschung in Gorleben fordern die Umweltpolitiker der Union nach ihrem Besuch von Schacht Konrad eine schnelle Inbetriebnahme der Anlage. Denn obwohl die Genehmigung seit acht Jahren vorliegt, wurde bis heute kein Gramm Atommüll eingelagert. „Wenn wir nicht mit der Einlagerung beginnen, wird sich der Rückbau der Kernkraftwerke und damit der endgültige Ausstieg aus der Atomkraft weiter verzögern“, betont Bäumer.

Absage an ideologische Blockadehaltung

Doch Rot-Grün stellt die Zulassung von Schacht Konrad generell in Frage. „Wenn selbst die längst beschlossene Lagerung von schwach- und mittelradioaktiven Stoffen immer wieder zur Diskussion gestellt wird, kann erst recht keine Lösung zur Endlagerung hochradioaktiver Stoffe gefunden werden“, kritisiert Bäumer. „Offenbar geht es vor allem den Grünen lediglich darum, ihre Umweltpolitik aus Oppositionszeiten fortzusetzen, statt einen echten Kompromiss zu finden.“ Durch die grüne Blockadehaltung werde das Problem der Endlagersuche aber lediglich in die Zukunft verschoben. „Es muss jetzt alles daran gesetzt werden, vorurteilsfrei nach geeigneten Endlagerstandorten zu suchen und diesen Prozess für die Öffentlichkeit nachvollziehbar zu gestalten.“

Die gemeinsame Resolution der umweltpolitischen Sprecher der Fraktionen von CDU und CSU in den Bundesländern finden Sie unter folgendem Link: http://www.cdu-fraktion-niedersachsen.de/wp-content/uploads/Hannoversche_Resolution_Umweltsprechertagung_final.pdf



Martin Bäumer, MdL – umweltpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion



Besuch am Schacht Konrad: Nach dem Willen der Umweltpolitikern von CDU und CSU soll Deutschlands einziges zugelassenes Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle den Betrieb so schnell wie möglich aufnehmen.

TERMINE

18. März – 2. April
Osterferien in Niedersachsen

13. – 15. April
Plenum des Niedersächsischen Landtags

IMPRESSUM

Herausgeber:
CDU-Fraktion
im Niedersächsischen Landtag
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover
www.cdu-fraktion-niedersachsen.de

Verantwortlich:
Jens Nacke MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion:
Anna Anding
Dr. Eike Frenzel
Sabine Busse
Philip Ossenkopp
Telefon (05 11) 3030-4119

bl@cdu-fraktion-niedersachsen.de

Die Fraktion auf Facebook
<http://www.facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds>